

GROSSER RAT

Oktobersession 2022

Auftrag Dürler betreffend Unterscheidung Sommerbetrieb/Winterbetrieb in der Gefahrenzone 1 im Raumplanungsgesetz des Kantons

Immer wieder gibt es bei Bauvorhaben (Umbauten, Anbauten), welche sich in der Gefahrenzone 1 (GZ1) befinden, Restriktionen aufgrund von Art. 38 Abs. 2 KRG (Weitere Zonen, Gefahrenzone 1). Dieser unterscheidet leider nicht zwischen Ganzjahresnutzung und saisonaler Nutzung (zeitlich befristete Nutzung während des Jahres).

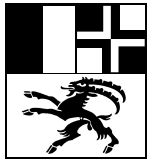
In Maienfeld wurde die Bewilligung für einen sinnvollen, gut geschützten Anbau (SAC-Enderlinhütte) vom Amt für Raumentwicklung nicht erteilt, obwohl die Gebäudeversicherung die verlangte Genehmigung gemäss KRG Art. 38 Abs. 5 erteilt hat. Andere kantonale Rechtsvorgaben, z. B. Erneuerungen aufgrund der Lebensmittelgesetzgebung, aber auch energetisch sinnvolle Ausbauten (Photovoltaikanlagen, Raum für Batterien), machen Umbauten und Umnutzungen für einen Weiterbetrieb nötig. Dies führt dann leider zum unschönen Resultat, dass einzelne Rechtsbereiche etwas fordern, was am Schluss dann gar nicht bewilligt werden kann.

Mit einer beantragten Änderung des KRG sollen nicht Neubauten in der GZ1 möglich werden, sondern sichergestellt werden, dass Umbauten oder notwendige Erweiterungen bewilligt werden können. Dies nur bei Bauten und Anlagen, welche einen während des Jahres zeitlich befristeten Sommerbetrieb nachweisen können. Im genannten Beispiel wurde die Zuteilung in die GZ1 nur aufgrund von Schneelawinengefahr gemacht. Diese Gefahr darf für den nachgewiesenen Sommerbetrieb kein Problem sein.

Die Regierung wird daher beauftragt, im kantonalen Recht die Voraussetzungen zu schaffen, dass in der Gefahrenzone 1 notwendige und sinnvolle Erweiterungen oder Umnutzungen möglich sind, wenn sichergestellt wird, dass sich die Nutzung auf einen während des Jahres zeitlich befristeten Saisonbetrieb beschränken wird.

Chur, 19. Oktober 2022

Dürler, Cramer, Natter, Adank, Altmann, Bachmann, Bavler, Beeli, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Candrian, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs, Epp, Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Hohl, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Morf, Orlik, Rauch, Roffler, Salis, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

10. Januar 2023

Mitgeteilt den

11. Januar 2023

Protokoll Nr.

1/2023

Auftrag Dürler

betreffend Unterscheidung Sommerbetrieb/Winterbetrieb in der Gefahrenzone 1 im
Raumplanungsgesetz des Kantons

Antwort der Regierung

Gemäss Art. 38 Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) dürfen in der Gefahrenzone 1 (GFZ 1) keine neuen Bauten und Anlagen erstellt werden, die dem Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen; bestehende Bauten und Anlagen, die dem Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen, dürfen nur erneuert werden. Die Bestimmung bezweckt somit, zu verhindern, dass Menschen oder Tiere durch den Aufenthalt in Bauten in Zonen mit hoher Gefahr zu Schaden kommen. Dieser Schutzzweck stellt ein gewichtiges Interesse der Raumplanung im Sinne von Art. 24 lit. b des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG; SR 700) dar, welches das prinzipielle Bauverbot in der GFZ 1 zur Folge hat. Erweiterungen von Bauten, die mit einer Nutzungsintensivierung einhergehen, sind daher nicht mit dem Schutzzweck der GFZ 1 vereinbar und untersagt. Bestehende Bauten und Anlagen, die dem Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen, geniessen jedoch insofern Bestandesschutz, als sie erneuert werden dürfen. Als Erneuerung gilt dabei namentlich die Instandhaltung, Instandstellung und die Modernisierung. Die Modernisierung umfasst bauliche Vorkehrungen, durch welche das Bauwerk weiterhin im bestehenden Umfang ohne Intensivierung genutzt und damit auch an die Erfordernisse der Zeit angeglichen werden kann. Dementsprechend richtet sich das Mass der zulässigen Modernisierung insbesondere nach den jeweils aktuellsten baulichen Anforderungen insbesondere an die Hygiene (Küche, Lager, Sanitär etc.). Diese hat sich seit der Revision des KRG im Jahr 2004, im Rahmen welcher Art. 38 KRG erlassen wurde, erhöht.

Der Kanton versucht, diese veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen im Einzelfall zu berücksichtigen und ins Verhältnis zum Schutzzweck der GFZ 1 zu setzen. Soweit der Nachweis erbracht werden kann, dass Erweiterungen im bestehenden Gebäudevolumen (Erweiterungen nach innen) insbesondere aufgrund neuer Hygie-

nevorgaben und ohne Nutzungsintensivierung erfolgen, können diese als Modernisierung bewilligt werden, zumal dadurch keine zusätzliche Gefahr für Mensch und Tier geschaffen wird. Erweiterungen nach aussen sind demgegenüber grundsätzlich nicht zulässig. Bei lediglich im Sommer genutzten Gebäuden an Standorten in der GFZ 1 mit ausschliesslicher Lawinengefahr ist jedoch ausnahmsweise und unter engen Voraussetzungen eine modernisierungsbedingte Erweiterung nach aussen denkbar. Hierbei ist zwischen dem Schutzinteresse und dem Modernisierungsinteresse im Einzelfall abzuwägen. So muss etwa nachgewiesen werden, dass keine Alternativen – wie z. B. geeignetere Standorte (d. h. es besteht Standortzwang) oder insbesondere eine Erweiterung nach innen – möglich sind und die Schutzsituation insgesamt verbessert wird. Zudem ist in jedem Fall die Zustimmung der Genehmigung der Gebäudeversicherung einzuholen (Art. 38 Abs. 5 KRG) und allfällige zusätzlich geforderte Massnahmen zum Gebäudeschutz (bspw. verstärkte Mauern) umzusetzen. Weiter ist über die temporäre Nutzungsdauer des Gebäudes sicherzustellen, dass die bewilligte Nutzung durch Menschen und Tiere auch tatsächlich nur in der "lawinensicheren Jahreszeit" erfolgt. Hierfür sind seitens der Standortgemeinde Massnahmen im Rahmen eines Konzepts für die Baupolizei zu treffen. Unter den vorgenannten Voraussetzungen ist die Regierung der Auffassung, dass dem Anliegen des Auftrags in konsequenter Fortführung der Praxis zum geltenden Recht und in Nachachtung des übergeordneten Rechts hinreichend Rechnung getragen werden kann. Sie wird zur Fortführung und Verdeutlichung dieser Praxis die nötigen Anpassungen in den Leitfäden und der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO; BR 801.110) vornehmen. Damit kann der Auftrag rasch und flexibel umgesetzt werden; der langwierige Weg über eine KRG-Revision ist nicht angezeigt. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern: Die Regierung wird beauftragt, im kantonalen Recht die Voraussetzungen zu schaffen, dass in der Gefahrenzone 1 notwendige *Erneuerungen und damit zusammenhängende Erweiterungen* möglich sind, wenn *keine Nutzungsintensivierung erfolgt, keine Alternativen verfügbar sind* und sichergestellt wird, dass sich die Nutzung auf einen während des Jahres zeitlich befristeten Saisonbetrieb beschränken wird.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'october 2022

Incumbensa Dürler concernent la differenziaziun tranter manaschi da stad e manaschi d'enviern en la zona da privel 1 en la Lescha chantunala davart la planisaziun dal territori

En cas da projects da construcziun (midadas, annexas) che sa chattan en la zona da privel 1 (ZP1) datti adina puspè restricziuns pervia da l'art. 38 al. 2 LPTGR (ulteriuras zonas, zona da privel 1). Quest artitgel na fa displaschaivlamain nagina differenza tranter utilisaziun durant l'entir onn ed utilisaziun stagiunala (utilisaziun da durada limitada durant l'onn).

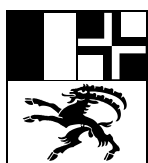
A Maiavilla n'ha l'Uffizi per il svilup dal territori betg permess in'annexa raschunaivla, bain protegida (chamona Enderlin CAS), cumbain che l'approvaziun necessaria da l'Assicuranza d'edifizis tenor l'art. 38 al. 5 LPTGR era avant maun. Pervia d'autras prescripziuns giuridicas chantunalas – p.ex. renovaziuns pervia da la legislaziun da victualias – ma er pervia d'engrondiments raschunaivels ord vista energetica (implants fotovoltaics, spazi per battarias) dovri midadas d'edifizis e midadas d'utilisaziun per pudair cuntinuar cun il manaschi. Quai maina alura displaschaivlamain al resultat pauc bel, che singuls secturs giuridics pretendan insatge che na po la finala insumma gnanc vegnir approvà.

Ina proposta da modifitgar la LPTGR na duai betg pussibilitar edifizis novs en la ZP1, mabain duai garantir che midadas ed engrondiments necessaris d'edifizis possian vegnir permess. Quai mo en cas d'edifizis e da stabiliments che pon cumprovar ch'il manaschi è limità sin la stad. En l'exempel numnà è l'annexa vegnida attribuida a la ZP1 mo pervia dal privel da lavinas. Quest privel na dastga betg esser in problem per il manaschi da stad cumprovà.

Perquai vegn la Regenza incumbensada da stgaffir las premissas en il dretg chantunal, per ch'i saja pussaivel da far engrondiments necessaris e raschunaivels sco er midadas d'utilisaziun en la zona da privel 1, sch'i vegn garantì che l'utilisaziun sa restrenscha ad in manaschi stagiunal da durada limitada durant l'onn.

Cuira, ils 19 d'october 2022

Dürler, Crameri, Natter, Adank, Altmann, Bachmann, Bavier, Beeli, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Candrian, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs, Epp, Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Hohl, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Morf, Orlik, Rauch, Roffler, Salis, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

10 da schaner 2023

Communitgà ils

11 da schaner 2023

Protocol nr.

1/2023

Incumbensa Dürler

concernent la differenziaziun tranter manaschi da stad e manaschi d'enviern en la zona da privel 1 en la Lescha chantunala davart la planisaziun dal territori

Resposta da la Regenza

Tenor l'art. 38 al. 2 da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischn (LPTGR; DG 801.100) na dastgan vegnir construids nagins edifizis e stabiliments novs che servan a la dimora d'umans e d'animals en la zona da privel 1 (ZP 1); edifizis e stabiliments existents che servan a la dimora d'umans e d'animals dastgan mo vegnir renovads. La disposiziun ha pia l'intent d'impedir che umans ed animals subeschian donn pervia da lur dimora en edifizis e stabiliments che sa chattan en zonas da grond privel. Quest intent da protecziun è in interess impurtant da la planisaziun dal territori en il senn da l'art. 24 lit. b da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT; CS 700), che chaschuna il scumond da construcziun general en la ZP 1. Engrondiments d'edifizis che vegnan accumpagnads d'ina intensificaziun da l'utilisaziun, n'èn pia betg cumpatibels cun l'intent da protecziun da la ZP 1 ed èn scumandads. Edifizis e stabiliments existents che servan a la dimora d'umans e d'animals gaudan ina protecziun dal possess en quel senn ch'els dastgan vegnir renovads. Sco renovaziun valan particularmain il mantegniment, la reparatura e la modernisaziun. La modernisaziun cumpiglia mesiras da construcziun, tras las qualas l'edifizi po vegnir utilisà vinavant en la dimensiun existenta senza intensivar quella, e po uschia er vegnir adattà a las pretensiuns dal temp. Correspundentamain sa drizza la dimensiun da la modernisaziun admissibla particularmain tenor las pretensiuns architectonicas las pli actualas cunzunt areguard l'igièna (cuschina, magasin, indrizzs sanitaris e.u.v.). Questas pretensiuns èn s'augmentadas dapi la revisiun da la LPTGR l'onn 2004, cura che l'art. 38 LPTGR era vegnì relaschà.

En il cas singul emprova il chantun da resguardar questas cundiziuns giuridicas generalas midadas e da las metter en relaziun cun l'intent da protecziun da la ZP 1. Sch'ins po cumprovar che l'edifizi vegn engrondì entaifer il volumen existent (engrondiments vers anen) principalmain pervia da novas prescripziuns d'igièna e senza intensivar l'utilisaziun, pon quests engrondiments vegnir permess sco modernisaziun,

cunzunt perquai ch'i na vegnan stgaffids nagins privels supplementars per umans ed animals. Engrondiments vers anora n'èn percenter da princip betg admissibels. En cas d'edifizis che vegnan utilisads mo la stad e ch'èn situads en lieus da la ZP 1, ils quals èn exponids exclusivamain ad in privel da lavinas, pon ins s'imaginar excepziunalmain e sut stretgas premissas da far in engrondiment vers anora per motivs da modernisaziun. En quests cas stoi vegnir ponderà tranter l'interess da protecziun e l'interess da modernisaziun. Uschia stoi per exempel vegnir cumprovà che alternativas n'èn betg pussaivlas – sco p.ex. lieus pli adattads (q.v.d. igl exista in'obligaziun da lieu) u en spezial in engrondiment vers anen – e che la situaziun da protecziun vegn tut en tut meglierada. Ultra da quai sto en mintga cas vegnir dumandà il consentiment da l'Assicuranza d'edifizis (art. 38 al. 5 LPTGR) e ston vegnir realisadas eventualas mesiras che vegnan pretendidas supplementarmain per proteger l'edifici (p.ex. mirs rinforzads). Plinavant stoi vegnir garantì tras la durada d'utilisaziun temporara, che l'utilisaziun tras umans ed animals permessa ha per propi lieu mo durant il «temp senza lavinas». Per quest intent sto la vischnanca da staziunament prender mesiras en il rom d'in concept per la Polizia da construcziun. Sut las premissas numadas qua survart è la Regenza da l'avis, ch'i possia vegnir tegnì quint commensuradamain dal giavisch da l'incumbensa, sch'i vegn cuntinuà consequentamain cun la pratica tenor il dretg vertent e sch'i vegn observà il dretg surordinà. Per cuntinuar cun questa pratica e per la precisar vegn la Regenza a far las adattaziuns necessarias en ils mussavias ed en l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; CS 801.110). Uschia po l'incumbensa vegnir realisada svelt ed en moda flexibla; la via stentusa sur ina revisiun da la LPTGR n'è betg inditgada. Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa sco suonda: La Regenza vegn incumbensada da stgaffir las premissas en il dretg chantunal, per ch'i saja pussaivel da far *las renovaziuns necessarias ed ils engrondiments respectivs* en la zona da privel 1, *sche l'utilisaziun na vegn betg intensivada, sch'i na stattan a disposiziun naginas alternativas* e sch'i vegn garantì che l'utilisaziun sa restrenscha ad in manaschi stagiunal da durada limitada durant l'onn.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Peter Peyer

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di ottobre 2022

Incarico Dürler concernente la distinzione tra attività estiva e attività invernale nella zona di pericolo 1 nella legge cantonale sulla pianificazione del territorio

I progetti di costruzione (trasformazioni, costruzioni annesse) che si trovano nella zona di pericolo 1 (ZP 1) sono spesso soggetti a restrizioni secondo l'art. 38 cpv. 2 LPTC (altre zone, zona di pericolo 1). Purtroppo questo articolo non fa distinzione tra utilizzazione annuale e utilizzazione stagionale (utilizzazione temporanea durante l'anno).

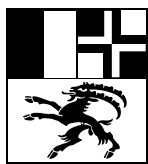
A Maienfeld la licenza dell'Ufficio per lo sviluppo del territorio dei Grigioni per una costruzione annessa adeguata e ben protetta (Enderlinhütte - CAS) non è stata rilasciata, nonostante l'Assicurazione fabbricati abbia rilasciato l'autorizzazione necessaria ai sensi dell'art. 38 cpv. 5 LPTC. Altre prescrizioni legislative cantonali, ad es. rinnovi prescritti dalla legislazione sulle derrate alimentari ma anche ampliamenti sensati dal punto di vista energetico (impianti fotovoltaici, spazio per le batterie) rendono necessarie trasformazioni e modifiche dell'utilizzazione per mantenere l'attività. Questo porta purtroppo a un risultato insoddisfacente, poiché singoli ambiti giuridici richiedono interventi che alla fine non possono essere approvati.

Con la modifica proposta della LPTC non si intende permettere nuove costruzioni nella ZP 1, bensì garantire che trasformazioni o ampliamenti necessari possano essere autorizzati. Questo interessa solo edifici e impianti che possono dimostrare un'attività estiva temporanea durante l'anno. Nell'esempio menzionato l'attribuzione alla ZP 1 è avvenuta solo a seguito del pericolo di valanghe. Questo pericolo non dovrebbe rappresentare un problema per l'attività estiva comprovata.

Pertanto il Governo viene incaricato di creare i presupposti nel diritto cantonale, affinché nella zona di pericolo 1 siano possibili ampliamenti o modifiche dell'utilizzazione necessari e sensati, se è garantito che l'utilizzazione è limitata a un'attività stagionale temporanea durante l'anno.

Coira, 19 ottobre 2022

Dürler, Cramer, Natter, Adank, Altmann, Bachmann, Bavier, Beeli, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger, Brunold, Butzerin, Candrian, Casutt, Censi, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs, Epp, Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Grass, Hartmann, Hefti, Hohl, Hug, Kasper, Kienz, Koch, Kocher, Krättli, Kuoni, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Loi, Luzio, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Morf, Orlik, Rauch, Roffler, Salis, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Seduta del

10 gennaio 2023

Comunicato il

11 gennaio 2023

Protocollo n.

1/2023

Incarico Dürler

concernente la distinzione tra attività estiva e attività invernale nella zona di pericolo
1 nella legge cantonale sulla pianificazione del territorio

Risposta del Governo

Conformemente all'art. 38 cpv. 2 della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100) nella zona di pericolo 1 (ZP 1) non possono essere costruiti nuovi edifici ed impianti, destinati ad ospitare persone e animali. Edifici ed impianti esistenti destinati ad ospitare persone e animali possono solo essere rinnovati. La disposizione mira così a evitare che persone o animali subiscano danni a seguito della permanenza in edifici situati in zone di pericolo elevato. Questo scopo di protezione costituisce un interesse rilevante della pianificazione del territorio ai sensi dell'art. 24 lett. b della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT; RS 700), dal quale risulta in linea di principio il divieto di costruzione nella ZP 1. Ampliamenti di edifici che comportano un'intensificazione dell'utilizzazione non sono dunque compatibili con lo scopo di protezione della ZP 1 e sono vietati. Gli edifici e gli impianti esistenti destinati a ospitare persone e animali godono tuttavia della garanzia dei diritti acquisiti, poiché possono essere rinnovati. Quale rinnovo valgono segnatamente la manutenzione, il risanamento e la modernizzazione. La modernizzazione comprende misure edilizie attraverso le quali l'opera può continuare a essere utilizzata nella misura esistente senza intensificazione e può anche essere adeguata alle esigenze del tempo. Di conseguenza l'entità della modernizzazione consentita si orienta in particolare alle esigenze edilizie più recenti, in particolare per quanto riguarda l'igiene (cucina, magazzino, impianti sanitari ecc.). Tale entità è aumentata dalla revisione della LPTC nel 2004 nel quadro della quale è stato emanato l'art. 38 LPTC.

Il Cantone cerca di tenere conto nel caso specifico di queste condizioni quadro legislative mutate e di metterle in relazione allo scopo di protezione della ZP 1. Se è possibile dimostrare che gli ampliamenti nella volumetria dell'edificio esistente (ampliamenti verso l'interno) vengono effettuati in particolare a seguito di nuove prescrizioni

d'igiene e senza intensificazione dell'utilizzazione, questi ampliamenti possono essere autorizzati come modernizzazione, soprattutto se non comportano ulteriori pericoli per persone e animali. Gli ampliamenti verso l'esterno invece sono in linea di principio vietati. Tuttavia negli edifici situati nella ZP 1 utilizzati solamente in estate con un esclusivo pericolo di valanghe, un ampliamento verso l'esterno a scopo di modernizzazione è possibile in via eccezionale e a condizioni rigorose. A questo proposito, nel singolo caso occorre procedere a una ponderazione tra l'interesse di protezione e quello di modernizzazione. Ad esempio occorre comprovare che non sono possibili alternative, come ad es. ubicazioni più adatte (vale a dire che vi è un vincolo all'ubicazione) o in particolare un ampliamento verso l'interno, e che la situazione di protezione sarà complessivamente migliorata. Inoltre in ogni caso è necessaria ottenere l'autorizzazione dell'Assicurazione fabbricati (art. 38 cpv. 5 LPTC) e attuare eventuali ulteriori misure richieste per la protezione dell'edificio (ad es. muri rinforzati). Inoltre per la durata di utilizzazione temporanea dell'edificio occorre garantire che l'utilizzazione autorizzata dell'edificio da parte di persone e animali avvenga effettivamente solo durante la "stagione senza pericolo di valanghe". A questo scopo il comune di ubicazione deve attuare misure nel quadro di una strategia di polizia edilizia. Alle condizioni menzionate il Governo ritiene che le richieste dell'incarico possano essere prese in considerazione in maniera adeguata nella coerente continuazione della prassi del diritto vigente e del diritto sovraordinato. Per la continuazione e il chiarimento di questa prassi il Governo procederà agli adeguamenti necessari nelle linee guida e nell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (OPTC; CSC 801.110). In questo modo l'incarico può essere attuato in modo rapido e flessibile; il lungo percorso attraverso una revisione della LPTC non appare indicato.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue l'incarico in oggetto: Il Governo viene incaricato di creare i presupposti nel diritto cantonale, affinché nella zona di pericolo 1 siano possibili *i rinnovi necessari e i relativi ampliamenti, se non vi è un'intensificazione dell'utilizzazione, se non sono possibili alternative e se viene garantito che l'utilizzazione è limitata a un'attività stagionale temporanea durante l'anno.*



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin